

„Nur vereint werden wir den Faschismus schlagen!“

Aus einer Erklärung der Kommunistischen Partei Chiles

Die Kommunistische Partei Chiles publizierte im September d. J. in Santiago eine Erklärung, die sich mit den unmittelbaren Aufgaben des Kampfes gegen das faschistische Pinochetregime beschäftigt. **horizont** veröffentlicht nachfolgend Auszüge aus diesem Dokument.

– Die Red.

Der Militärputsch vom 11. September 1973 hat die demokratische Ordnung in Chile zerstört und eine brutale faschistische Diktatur eingesetzt. Ihre Aufgabe besteht darin, die Herrschaft der oligarchischen und imperialistischen Kreise des Landes zu sichern. Mit anderen Worten: Es geht um die Wiederherstellung und Festigung der Macht des Großkapitals, um die Rückgabe der Monopolunternehmen, der Banken und des Großgrundbesitzes an die kapitalistischen Eigentümer, deren Besitz von der UP-Regierung verstaatlicht worden war. Zu Lasten der werktätigen Massen wird eine kleine Gruppe von Spekulanten und bestimmten multinationalen Unternehmen begünstigt.

Die verräterischen faschistischen Generale, die durch den blutigen Umsturz an die Macht gelangten, wollen Chile und die Chilenen von Grund auf verändern. Sie suchen mit allen Mitteln zu verhindern, daß im Lande von Lautaro und O'Higgins, von Balmaceda und Recabarren je wieder ein fortschrittlicher Gedanke Fuß fassen kann. Aus diesem Grunde greifen sie unsere nationalen Werte massiv an, die tief im chilenischen Volk verwurzelt sind. Sie wollen zwei charakteristische Merkmale unseres Volkes – seine Liebe zur Freiheit und sein Denken in demokratischen Traditionen – ein für allemal ausmerzen.

Es gibt keinen Grund für Illusionen: In unserem Land hat sich ein faschistisches Regime etabliert, das die Arbeiterklasse und alle anderen fortschrittlichen Kräfte mit brutalem Terror unterdrückt. Die Tatsachen sprechen für sich. Die faschistische Junta macht alle Errungenschaften der Werktätigen rückgängig und sucht mit allen Mitteln den Marxismus zu vernichten.

Die Junta respektiert weder rationale noch religiöse Denkweisen.

Das Recht auf ein religiöses Glaubensbekenntnis, zu predigen und das Evangelium zu praktizieren – es wurde in vorbildlicher Weise von der Regierung der Unidad Popular und allen Regierungen der letzten 60 Jahre respektiert – wird durch die Verfolgung der Priester der verschiedenen Kirchen beseitigt. Es ist schon so weit gekommen, daß Mitglieder der DINA, die Pinochet direkt untersteht, höchste Würdenträger der Kirche physisch mißhandeln. Das ist nicht zufällig. Seit dem Zweiten Konzil des Vatikan widersetzen sich die meisten Katholiken und die ökumenische Bewegung der Protestanten unter Führung des Weltkirchenrates dem ideologischen Mißbrauch der Religionen durch die reaktionären Kräfte und unterstützen die gesellschaftlichen Veränderungen in den Ländern der Dritten Welt. Aus diesem Grunde kann man von der faschistischen Junta nichts anderes erwarten, als daß sie ihre Angriffe auf alle demokratischen Institutionen und fortschrittlichen Menschen und Ideen fortsetzt.

Antinationale Wirtschaftspolitik der Junta

Die faschistische Junta verhindert die unabhängige industrielle Entwicklung Chiles, die einer der Eckpfeiler für den nationalen Fortschritt war und ist. Das Regime will das Land zu einem Produzenten von Rohstoffen und zum Exporteur einiger weniger Fertigprodukte deformieren. Ihr Modell für eine solche Exportwirtschaft ist Taiwan oder Südkorea. In diesen Ländern werden die Werktätigen skrupellos ausgebeutet und sind einer hohen Arbeitslosigkeit und elenden Lebensbedingungen ausgeliefert. Die Reprivatisierung der Industrie, die Öffnung des Binnenmarktes für ausländische Unternehmen mittels einheitlicher Zollsenkungen und unvertretbarer Anleihen, sind die wesentlichsten Elemente dieser Wirtschaftspolitik der faschistischen Junta. Sie spiegelt sich in einer Arbeitslosigkeit wider, wie es sie seit den dreißiger Jahren nicht mehr gab, in Hungerlöhnen, in fehlenden Arbeitsmöglich-

keiten für viele Spezialisten und Techniker, in dem Zusammenbruch zahlreicher kleinerer Betriebe und Industrien, in einer verstärkten Konzentration des Kapitals, im märchenhaften Reichtum einiger weniger und im Elend der Volksmassen.

Die Staatseinnahmen, die durch die Erhöhung des Kupferpreises auf dem Weltmarkt und die massive Unterstützung des Imperialismus auf 2 Mill. Dollar täglich anstiegen, werden nicht dafür benutzt, Arbeitsplätze oder soziale Einrichtungen zu schaffen, um die Lage des Volkes zu verbessern, sondern für den Kauf von Waffen, mit deren Hilfe alle Patrioten von der DINA und dem von ihr beherrschten Polizeiapparat grausam unterdrückt werden. Dasselbe gilt für die Erhöhung der nicht traditionellen Exporte. Dies trägt zwar zur Verbesserung der Zahlungs- und Wirtschaftsbilanz bei – letztlich aber wird auch dies nur durch die äußerst niedrigen Gehälter, die Verringerung der Konsumgüter im Binnenhandel und die ständige Erhöhung des Dollarpreises erreicht. Diese Politik hat zur Folge, daß immer mehr Geld gedruckt werden muß und die inflationäre Entwicklung ständig zunimmt.

Demzufolge berührt die Zerschlagung des demokratischen Systems durch das faschistische Regime nicht nur die politischen Gefangenen und Verfolgten, die Verwandten der Ermordeten, die Familienangehörigen der Vermißten, die Arbeitsorganisationen und regimfeindlichen politischen Parteien, sondern 90 Prozent aller Chilenen, Männer und Frauen verschiedenster ideologischer Überzeugungen und sozialer Herkunft.

Aus diesem Grunde ist die Beseitigung der faschistischen Junta und die Wiederherstellung der Demokratie die vorrangigste Aufgabe, die unser ganzes Volk mobilisieren und vereinen muß. Das ist die patriotischste Aufgabe dieser Stunde.

Widerstand erfaßt immer breitere Kreise

Der Staatsstreich vom 11. September 1973 vernichtete mit einem Schlag alle Errungenschaften der demokratischen Entwicklung Chiles. Doch die Liebe zur Freiheit und zur Demokratie ist fest im Herzen und im Bewußtsein der Chilenen verwurzelt. Gewiß, die brutale Willkür der Herrschenden, die Morde, die Verschleppung von Patrioten, die bestialischen Folterungen, die Repressalien gegen jegliche oppositionelle Meinungsäußerung gehen weiter. Das beweisen der Mord an Carmelo Soria, Mitarbeiter der Vereinten Nationen und Mitglied der Kommunistischen Partei Chiles, die Verhaftung und das spätere „Verschwinden“ von führenden politischen und gewerkschaftlichen Persönlichkeiten und hervorragenden Spezialisten, das mißlungene Attentat auf den Ex-Präsidenten Frei, die Ausweisung der Juristen Eugenio Velasco L. und Jaime Castillo V.

Der anfangs nur im vertrauten Kreise geäußerte Protest gegen diese Willkürpolitik wird täglich offener. Es gibt Leute, die den Staatsstreich unterstützten und sich heute angesichts der Realitäten im Lande betrogen fühlen und darüber hinaus auch über die Wirtschaftspolitik der faschistischen Junta außerordentlich bestürzt sind. Mehr noch, die Ablehnung der repressiven Politik und der flagranten Verletzung der Menschenrechte erfaßt immer umfassendere Kreise und findet sogar bei Sympathisanten des Regimes Gehör. Innerhalb des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und der Polizei wächst die Unzufriedenheit, und es werden Forderungen laut, die Repressionspolitik zu be-

enden, die Konzentrationslager zu schließen und die politischen Häftlinge freizulassen.

Die ständigen Forderungen der Werktätigen nach Wiedereinführung ihrer Rechte (vor allem des Rechts auf freie Wahl ihrer Gewerkschaftsvertretungen, der Eingabe von Petitionen und der Rückkehr zur kollektiven Verwaltung), die häufigen Aktionen der UP-Parteien, der Christdemokraten und der PIR (Partido Izquierda Radical – rechte Sozialdemokraten, die sich während der UP-Regierung von der Sozialistischen Partei Chiles abspalteten – horizont) zur Verteidigung der Menschenrechte, die wiederholten Aufrufe der katholischen Kirche zur Wahrung dieser Menschenrechte, der aktive Widerstand der Studenten und Professoren gegen faschistische Intoleranz sind einige von vielen Beweisen dafür, daß der Kampf für die Demokratie zu einem Hauptanliegen der Chilenen geworden ist und zu einer Einigung über die Parteiinteressen hinaus geführt hat.

Pinochet und seine Spießgesellen fürchten das Volk. Sie wissen, daß Demokratie und Freiheit nicht mit der Diktatur vereinbar sind. Deshalb ist ihre Politik weiterhin repressiv, und sie erfüllen weder das Gesetz 1009 noch das Oberste Dekret 187, das sie selbst zur Beschwichtigung des Auslandes einführten. (Diese Notverordnungen verfügen, daß bei Festnahmen ein Haftbefehl vorgelegt bzw. die Familie des Verhafteten innerhalb von 48 Stunden verständigt werden muß. Die DINA ignoriert diese Bestimmungen skrupellos. – horizont)

Verhaftungswelle folgt auf Verhaftungswelle. In regelmäßigen Abständen sehen sich die Herrschenden gezwungen, angesichts des Drucks der demokratischen Weltöffentlichkeit nachzugeben. Aber danach verstärken sie ihre Repressalien aufs neue – manchmal noch schlimmer als zuvor.

Man darf sich keinen Illusionen hingeben. Die Faschisten denken nicht im geringsten an die Rückkehr zu einer demokratischen Ordnung. Sie haben der Demokratie den Krieg erklärt und meinen, daß sich die Welt ihrer Politik gegenüber in einem Irrtum befinde. In Wirklichkeit versuchen sie, den Faschismus zu konsolidieren. Doch sie werden letztlich das Schicksal von Hitler und Mussolini teilen. Das ständige Bischofskomitee hat kürzlich mit „berechtigter Empörung gegen die Angriffe auf die Kirche erklärt, daß „sich unter dem Vorwand der nationalen Sicherheit immer mehr das Modell einer Gesellschaft festigt, in der die Grundfreiheit negiert, die elementarsten Rechte verletzt werden und die Bürger einem gefürchteten und allmächtigen Polizeistaat ausgesetzt sind“.

Für eine neue Demokratie

Die Diktatur hält sich noch aufrecht, weil die antifaschistischen Kräfte verstreut sind und das Regime vom Imperialismus ökonomisch und militärisch unterstützt wird. Die politischen Geschehnisse der letzten Zeit beweisen, daß die faschistische Diktatur ihre Repressionen noch zu einem Zeitpunkt verstärkt, da ihr Fiasko in der Wirtschaft und ihre Isolierung innerhalb und außerhalb des Landes offenkundig ist. Dennoch ist der Sturz der Junta nicht eine Frage von Tagen: Er hängt von der Einheit, Organisiertheit und dem Ringen der demokratischen Kräfte ab. Der Kampf entwickelt und verstärkt sich ständig, und nichts auf der Welt wird den Sieg des chilenischen Volkes verhindern können.

Der Sturz des Präsidenten Allende war das Resultat der Verschwörung des USA-Imperialismus und der chilenischen

Reaktion. Ein großer Teil der Christdemokraten hatte sich in der Hoffnung auf ihre Seite geschlagen, die Regierungsgewalt wieder in ihre Hände zu bekommen. Der Sturz Allendes wurde jedoch auch durch Irrtümer, durch die Handlungsweise der Ultralinken sowie durch die Tatsache ermöglicht, daß die chilenische Demokratie in großem Maße lahmgelegt war und viele ihrer Praktiken und ihrer Institutionen in Mißkredit geraten waren.

Aus all diesen Gründen kann es jetzt nicht darum gehen, das politische Gesellschaftssystem wiederherzustellen, wie wir es bis zum 11. September 1973 hatten. Man kann nicht in die Vergangenheit zurückkehren. Weder das Parlament noch die Exekutive, die Justiz oder der Oberste Gerichtshof, die Gemeindeverwaltungen oder das Wahlsystem können ohne tiefgreifende Veränderungen wieder ihre Arbeit aufnehmen. Und es liegt auf der Hand, daß die Armee von morgen nicht der heutigen gleichen kann. Die Oberkommandierenden der Armee haben ihre Pflichten, die ihnen die Verfassung auferlegte, verletzt. Die Reorganisation und Demokratisierung der Armee ist eine unabdingbare Voraussetzung, wenn sie ihrem Land wirklich dienen soll.

Es ist unbedingt notwendig, daß eine neue Demokratie geschaffen wird. Nach unserer Auffassung ist es dabei erforderlich, die Unverletzlichkeit der Menschenrechte zu gewährleisten, allgemeine und geheime Wahlen, das Wahlrecht ab 18 Jahre, das Mehrparteiensystem einzuführen, die Bevölkerung in Gewerkschaften, Föderationen, Studentenorganisationen, Wohnbezirksvertretungen, Mütterzentren usw. zu organisieren und die aktive Mitbestimmung dieser Organisationen bei allen sie betreffenden Fragen zu sichern. Es ist erforderlich, die Rechte der Opposition zu demokratisieren, den Faschismus mit allen seinen Wurzeln auszurotten, eine demokratische Universitätsautonomie zu gewährleisten, die Kommunal- und Regionalverwaltungen mit größeren Mitteln und größerem Mitspracherecht auszustatten, das staatliche und private Erziehungssystem zu fördern. Gleiches gilt für die Massenmedien, die sich von den Werten des Patriotismus, der Demokratie und der Brüderlichkeit zwischen den Völkern leiten lassen und sich auf die produktive Arbeit, die Technik, die Wissenschaft und die Entwicklung der Künste orientieren.

Es geht also, kurz gesagt, darum, eine demokratischere Gesellschaftsordnung als die vergangene aufzubauen. Sie wird größere Freiheiten bieten und gleichzeitig eine Wiederkehr des Faschismus ausschließen. Sie wird keinen Spielraum für Versuche lassen, das Volk erneut dem Despotismus der Diktatur zu unterwerfen.

Die Banken, die großen Industriezentren und alle Grundlagen des ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts müssen in den Dienst des Volkes und des Landes gestellt werden. Die Ländereien, die den Großgrundbesitzern von der Junta zurückgegeben wurden, müssen wieder den Bauern gehören. Es ist notwendig, die Bodenreform konsequent zu Ende zu führen. Das bedeutet natürlich nicht, daß alles, was auf diesem Gebiet bis 1973 geschehen ist, in der gleichen Form wiederholt wird und daß der gleiche Weg von damals eingeschlagen werden soll. Damit jedoch die neue Demokratie eine Realität werden kann, ist es unumgänglich, Garantien dafür zu schaffen, daß die Reichtümer Chiles und die Früchte der Arbeit der Chilenen in den Dienst des Volkes, der nationalen Mehrheit gestellt werden.

Natürlich sind wir Kommunisten weiterhin der Meinung, daß letztlich nur der Sozialismus Chile die Möglichkeit einer wirklichen sozialen Gerechtigkeit bietet. Doch ist der Sozialismus nicht das unmittelbare Ziel von heute. Wenn die Zeit herangereift ist, wird das Land den Weg zum Sozialismus in Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes beschreiten.

Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte erforderlich

Das große Ziel von heute ist – wir wiederholen es hier noch einmal – die Beseitigung der faschistischen Junta und die Schaffung eines neuen demokratischen Gesellschaftssystems.

Im Kampf um dieses Ziel muß sich die überwiegende Mehrheit der Chilenen vereinen. Jegliche sektiererische Haltung – woher sie auch immer kommen mag – führt nur dazu, daß die Leiden des Volkes und die Herrschaft der Diktatur verlängert werden. Der Schlüssel für eine demokratische Lösung liegt unserer Auffassung nach in der Aktion der Arbeiterklasse, in der Entfaltung einer mächtigen Bewegung der Volksmassen, in der Übereinkunft zwischen der Unidad Popular und den Christdemokraten.

Das faschistische Regime von Portugal und die griechische Junta wurden durch den mannigfaltigen Kampf der Massen, durch das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte besiegt. Die Unidad Popular kann zum jetzigen Zeitpunkt und auf sich allein gestellt die Demokratie nicht wiederherstellen. Die Christdemokraten vermögen dies ebensowenig. Eine „Lösung“, wie sie vom Expräsidenten Frei vorgeschlagen wurde – sie sieht den Ausschluß der marxistischen Parteien vor – ist nicht realistisch. Hierbei handelt es sich vielmehr – und das ist weitaus schwerwiegender – um den Versuch eines Arrangements mit der Diktatur, dem Imperialismus und der Oligarchie auf Kosten der Arbeiter. Ein solcher Vorschlag ist deshalb als reaktionär und antidemokratisch zu werten. Wenn also wirklich der Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie geführt werden soll, dann ist die Verständigung zwischen der Unidad Popular und den Christdemokraten, dann ist die Verständigung zwischen den demokratischen Kräften unumgänglich.

Vorschläge für Chiles Zukunft

Unser erster Vorschlag lautet: Handeln wir gemeinsam, um die Diktatur zu beseitigen. Wenn die Unidad Popular und die Christdemokraten mit dem einzigen Ziel zu einer Übereinstimmung gelangten, der Diktatur ein Ende zu bereiten, dann wäre das gewiß schon eine Tatsache von großer Tragweite. Wir sind der Meinung: Wenn wir alle gegen die Junta sind, dann laßt uns doch auch gemeinsam handeln, um ihr ein Ende zu bereiten. Wenn wir uns allein um dieses Ziel willen vereinen könnten, nur für dieses Ziel und zu nichts anderem, dann sollten wir das so schnell wie möglich tun.

Unser zweiter Vorschlag lautet: Wir müssen uns auf den Konsensus einigen, der es erlaubt, die neue Demokratie zu schaffen! Wir sind der Auffassung, daß die Unidad Popular und die Christdemokraten zu einer Übereinstimmung über das politische System der Zukunft gelangen können. Wenn wir diese Aufgabe nicht in Angriff nehmen, wenn wir alles der Improvisation überlassen oder wenn jeder demokratische Sektor sein eigenes politisches Konzept der künftigen Gesellschaft entwirft

(ohne jede Verbindung mit einem anderen Sektor), dann könnte das Land erneut Gefahr laufen, in die Streitigkeiten zwischen den demokratischen Kräften in der jüngsten Vergangenheit zurückzufallen. Das jedoch entspricht keinesfalls den Interessen der Nation. Wir sprechen uns also dafür aus, daß der Dialog zwischen allen demokratischen Kräften über die Schaffung des politischen Systems nach dem Sieg über die Diktatur bereits jetzt beginnen sollte.

Unser dritter Vorschlag lautet: Bilden wir eine Regierung, in der alle antifaschistischen Kräfte vertreten sind. Wir sind der Auffassung, daß eine künftige Regierung, in der entweder nur die Unidad Popular oder nur die Christdemokraten vertreten sind – gesetzt den Fall, daß das überhaupt möglich ist –, nicht der Auffassung der Mehrheit der Nation entsprechen, nicht die notwendige Einheit der Chilenen garantieren würde und nicht die Aufgaben der Zukunft erfolgreich in Angriff nehmen könnte. Aus diesem Grunde sprechen wir uns dafür aus, daß die Regierung, die nach der Beseitigung der Militärjunta geschaffen wird, im weitesten Maße demokratisch ist und in ihr die nationale Mehrheit vertreten ist.

Wir sprechen uns dafür aus, daß diese Regierung auf der Grundlage der Übereinkunft zwischen der Unidad

Popular, den Christdemokraten und allen antifaschistischen Kräften gebildet wird.

Eines liegt klar auf der Hand: Die Arbeiterklasse und das Volk wissen, daß Hunger, Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und Repression keine politischen Unterschiede machen. Die Arbeiterklasse und das Volk fordern deshalb die Verständigung zwischen allen, die leiden, die Gerechtigkeit fordern, die die Freiheit lieben.

Aus dem Gesagten ist der Schluß zu ziehen, daß die beharrliche, geduldige, tägliche Arbeit unter den Volksmassen und der enge Kontakt zwischen allen demokratischen Kräften im umfassenden Kampf die antifaschistische Einheit schaffen wird. Diese Einheit wird es ermöglichen, der Diktatur ein Ende zu bereiten, die Freiheit zu erringen, die Demokratie wiederherzustellen und Chile erneut auf den Weg des sozialen Fortschritts und der Würde zu führen.

Schaffen wir die antifaschistische Einheit!

Kämpfen wir für das Leben und das Brot, für die Kultur und den sozialen Fortschritt, für die Unabhängigkeit und die nationale Würde!

Kommunistische Partei Chiles

Santiago, im September 1976

(Zwischentitel horizont)

Gemeinsames Kommuniqué über das Treffen zwischen der KPdSU und der Syrischen Kommunistischen Partei

Am 20. Oktober d. J. fand ein Treffen zwischen dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, M. A. Suslow, dem Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU B. N. Ponomarjow und dem Generalsekretär des ZK der Syrischen Kommunistischen Partei, Khaled Bagdache, statt.

Im Verlauf des Gesprächs, das in einer herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre stattfand, kam es zu einem Informationsaustausch über aktuelle Fragen der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der Syrischen KP im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt der Völker.

Die Teilnehmer der Begegnung wiesen darauf hin, daß der ungelöste Nahostkonflikt, der sich aus der israelischen Aggression gegen die arabischen Länder ergibt, die Besetzung von uraltem arabischen Territorium durch Israel, das ungelöste Palästina-Problem, die Aktivierung der arabischen Reaktion und die imperialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Völker weiterhin der Hauptgrund für die explosive Lage im Nahen Osten und das Entstehen von Krisensituationen sind, die den Frieden und die Sicherheit in diesem Raum behindern. In diesem Zusammenhang wurde von seiten der Syrischen KP die volle Unterstützung der Vorschläge der Sowjetunion für eine Regelung im Nahen Osten und die Genfer Friedenskonferenz zum Ausdruck gebracht. Ihre Verwirklichung würde die Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens in diesem Raum auf der Grundlage der Freigabe der besetzten arabischen Territorien, der Gewährleistung

des Rechtes des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung und der Schaffung eines eigenen Staates sowie der Gewährung von Sicherheitsgarantien für alle Staaten des Nahen Ostens ermöglichen.

Beide Seiten unterstrichen, daß es äußerst wichtig sei, unverzüglich die Auseinandersetzungen im libanesischen Bruderkrieg einzustellen, die nationale Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Republik Libanon zu wahren, die imperialistische Einmischung in deren innere Angelegenheiten zu verhindern und die Interessen der palästinensischen Widerstandsbewegung auf der Grundlage der entsprechenden Vereinbarungen zu gewährleisten.

Beide Seiten gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die libanesische Krise mit politischen Mitteln beigelegt werden kann. Es müssen günstige Voraussetzungen für die Normalisierung der Lage in Libanon und den Abzug der Streitkräfte anderer in den Konflikt hineingezogener Staaten vom libanesischen Territorium geschaffen werden. Die Garantie für eine friedliche Beilegung der libanesischen Krise sind die Zusammenarbeit und die Solidarität der antiimperialistischen Kräfte in den arabischen Ländern und ihre gemeinsamen Aktionen zum Schutz der legitimen nationalen Interessen der arabischen Völker. Die Vertreter der KPdSU und der Syrischen KP stellten mit Genugtuung fest, daß sie zu den erörterten Fragen einheitliche Auffassungen vertreten.

An dem Gespräch nahm der Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, R. A. Uljanowski, teil.